

Die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2020 nachhaltig weiterentwickeln!

10-Punkte-Programm für eine zukunftsorientierte GAP

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union
am 25. und 26. November 2017 in Weiherhammer

Präambel

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist eines der ältesten und bedeutendsten Politikfelder der Europäischen Union, bereits mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 einigten sich die Gründerväter der EU auf die Vergemeinschaftung der Agrarpolitik. Die Ziele der GAP gelten bis heute: Steigerung der Produktivität der europäischen Landwirtschaft, Sicherung einer angemessenen Lebensgrundlage für die ländliche Bevölkerung, Stabilisierung der Märkte, Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung und die Erhaltung angemessener Verbraucherpreise. Die Junge Union steht zu den Zielen der GAP und sieht auch weiterhin in der Produktion von qualitativ hochwertigen, nahrhaften und bezahlbaren Lebensmitteln ihre Hauptaufgabe. Die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik muss darüber hinaus aber auch den bereits mit der Agrarreform 2013 eingeschlagenen Weg einer stärkeren Orientierung am Umwelt- und Ressourcenschutz und somit an der Bewahrung der Schöpfung fortsetzen. Vor diesem Hintergrund fordert die Junge Union eine nachhaltige Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 und legt dafür grundlegende Eckpunkte in folgendem 10-Punkte-Programm fest.

1. Sicherung eines starken Agrarbudgets im mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union!

Mit einem Anteil von 38 Prozent stellen die Mittel für die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik den größten Ausgabenblock im aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union dar. Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Weiterentwicklung der europäischen Landwirtschaft und der ländlichen Regionen muss dieses starke Agrarbudget auch im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen erhalten bleiben. Die Herausforderungen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum werden sowohl im Bereich des Umwelt- und Ressourcenschutzes, durch die wirtschaftlichen

Auswirkungen des Brexits, aber auch in der wichtigen Aufgabe der Gestaltung lebenswerter ländlicher Räume, der Daseinsvorsorge für die ländliche Bevölkerung, den Erhalt der ländlichen Infrastruktur, den Ausbau der Digitalen Infrastruktur in den ländlichen Regionen und besonders der Mammutaufgabe der Integration von Flüchtlingen zunehmen. Diese Herausforderungen sind nur mit einer soliden Finanzgrundlage zu bewältigen.

2. Zwei-Säulen-Modell der Gemeinsamen Agrarpolitik erhalten und weiterentwickeln!

Die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik basiert auf einem Zwei-Säulen-Modell: Die erste Säule bilden die Direktzahlungen an die Landwirte, die bei der Einhaltung festgelegter Voraussetzungen je Hektar bewirtschafteter Fläche ausgezahlt werden. Die zweite Säule der GAP dient dazu, die Zukunft der ländlichen Regionen zu sichern und attraktiv zu gestalten. Prioritär sind dabei vor allem eine starke Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und die Unterstützung der Wirtschaftskraft in den ländlichen Regionen. Weiterhin stehen die freiwilligen Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, an denen Landwirte teilnehmen können, im Zentrum der zweiten Säule. Die Junge Union sieht das Zwei-Säulen-Modell als bewährtes System an, um auch in Zukunft die Ziele der GAP zu erreichen. Eine behutsame Weiterentwicklung ist jedoch notwendig, um die Finanzmittel noch zielgerichteter und ergebnisorientierter einzusetzen, als in der laufenden Förderperiode.

3. Berechtigung der Direktzahlungen anerkennen!

Die Landwirtschaft erfüllt eine Vielzahl von unverzichtbaren Leistungen für die Gesellschaft. Nicht alle dieser Leistungen werden vom Markt in angemessener Weise entlohnt. Neben der Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln, pflegt die heimische Landwirtschaft die Kulturlandschaft und trägt entscheidend zum Strukturerhalt und zur Artenvielfalt in Tier- und Pflanzenwelt im ländlichen Raum bei, wie keine andere Branche. Die Direktzahlungen tragen diesem Umstand Rechnung. Darüber hinaus stellt die Förderung einen Ausgleich dar, für die besonders hohen Auflagen und daraus resultierenden Standards zum Beispiel im Bereich Tier- und Umweltschutz. Ohne diesen Ausgleich ist die europäische Landwirtschaft einem Kostennachteil ausgesetzt, der ihre Wettbewerbsfähigkeit im globalen Markt schwächt. Durch die Förderung wird somit im Umkehrschluss eine umwelt- und tiergerechte Produktion gewährleistet. Die Junge Union bekennt sich daher ausdrücklich zur Notwendigkeit der Förderung. Die Junge Union ist der Überzeugung, dass sich die Direktzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe als Sicherheitsnetz in volatilen Agrarmärkten bewährt haben und beibehalten werden müssen. Die Direktzahlungen sind auch ein Schutz der kleinen und mittleren Betriebe vor außerlandwirtschaftlichen Investoren und erfüllen damit ebenfalls eine wichtige Funktion. Dabei

setzt sich die Junge Union für eine Reform der Direktzahlungen ein, in der durch eine stärkere Degression gezielt kleine und mittlere Betriebe noch stärker gefördert werden.

Ziel muss es sein, eine regional verwurzelte Landwirtschaft zu erhalten, die sich am Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes orientiert. Bäuerliche Familienbetriebe sind im Besitz der grundlegenden Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital und für die Vielfalt der ländlichen Regionen unverzichtbar.

4. Zusatzförderung für Junglandwirte erhöhen!

Gut ausgebildete Junglandwirtinnen und Junglandwirte sind die Zukunft der europäischen und deutschen Landwirtschaft. Die mit der laufenden Förderperiode eingeführte Zusatzförderung für Junglandwirte hat sich bewährt. Dennoch sehen immer weniger junge Menschen ihre Zukunft in der Landwirtschaft. Die Junge Union fordert deshalb, die Zusatzförderung für Junglandwirte als Bestandteil der Direktzahlungen zu erhöhen, um für junge Menschen Perspektiven in der Landwirtschaft zu schaffen.

5. Greening entschlacken!

Das Greening der Direktzahlungen ist mit dem Start der laufenden Förderperiode erstmals Bestandteil der ersten Säule der GAP geworden. Ziel ist es, die Hektarprämien für die Landwirte um zusätzliche Umweltleistungen zu erweitern, die von allen Landwirten verpflichtend zu erfüllen sind. Eine Nichterfüllung des Greenings kann zur Kürzung der Basisprämie führen. Die Junge Union sieht das Greening der Direktzahlungen als richtigen Weg, um einheitlich definierte Umweltleistungen der Landwirtschaft in der gesamten Europäischen Union sicherzustellen. Die laufende Förderperiode zeigt aber, dass die vermeintliche Flexibilität durch eine große Vielfalt der Maßnahmen nicht zielführend ist. Die Landwirte können zwar aus einem umfangreichen Katalog an Maßnahmen auswählen, viele dieser Maßnahmen sind aber nicht an Umweltzielen ausgerichtet, sondern auf eine einfache Kontrollierbarkeit. Dies führt zu einer hohen Komplexität in der Umsetzung und das Sanktionsrisiko für die landwirtschaftlichen Betriebe ist sehr hoch. In der Folge wählen Landwirte tendenziell einfach umsetzbare Maßnahmen mit geringem Sanktionsrisiko. Diese Maßnahmen, z.B. der Anbau von Zwischenfrüchten, haben aber naturgemäß eine geringere Umweltwirkung, als anspruchsvollere Maßnahmen, wie die Anlage von Saum- oder Pufferstreifen. Die Junge Union fordert deshalb eine Entschlackung des Greenings auf wenige, zielführende Maßnahmen, eine Reduzierung des Sanktionsrisikos und einen Abbau des bürokratischen Aufwands sowohl in der Verwaltung, als auch auf den landwirtschaftlichen Betrieben.

6. Zweite Säule noch gezielter für die Herausforderungen des Umwelt- und Tierschutzes nutzen!

Das EU-Recht lässt eine Umschichtung von bis zu 15 Prozent der Mittel aus der ersten Säule in die zweite Säule der GAP zu. Deutschland hat diesen Rahmen im Jahr 2017 von 4,5 Prozent auf je 6 Prozent für die Jahre 2018 bis 2020 erhöht. Die Mittel sind politisch zweckgebunden und sollen vollständig in der Landwirtschaft verbleiben. Unterstützt werden sollen ausschließlich landwirtschaftliche Vorhaben, wie Agrarumweltmaßnahmen und die Stärkung besonders tiergerechter Haltungformen, die Förderung von Grünland und der von der Natur benachteiligten Gebiete, z.B. Berggebiete, sowie die Förderung des Ökolandbaus. Die Junge Union ist der Auffassung, dass zur Bewältigung der Herausforderungen im Umwelt- und Ressourcenschutz und zur Weiterentwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft und einer artgerechten Nutztierhaltung eine starke Förderung entsprechender Maßnahmen in der Zweiten Säule notwendig ist. Bei der Weiterentwicklung der GAP ist auf europäischer Ebene deshalb die Möglichkeit zur Umschichtung beizubehalten. Auf nationaler Ebene sind die Erhöhung des Prozentsatzes der Umschichtung und die Schaffung einer verbindlichen Zweckbindung der Umschichtungsmittel an landwirtschaftliche Maßnahmen zu prüfen. Der Ökologische Landbau ist weiterhin zu fördern und insbesondere die Vermarktungsstrukturen von ökologisch erzeugten Produkten müssen verbessert werden. Hier besteht noch ein großes Wertschöpfungspotenzial für die deutschen Landwirte, da die Nachfrage nach ökologischen Erzeugnissen anhält und bisher nur durch Importe vollständig gedeckt werden kann.

7. Freiwillige Agrarumwelt-, Klima- und Tierschutzmaßnahmen ergebnisorientiert ausrichten!

Die Agrarumwelt-, Klima- und Tierschutzmaßnahmen in der zweiten Säule haben sich in den vergangenen Förderperioden ebenso wie das Greening häufig an der Kontrollierbarkeit orientiert. Die Landwirte gehen bei vielen Maßnahmen ein hohes Sanktionsrisiko ein, das zum gewährten finanziellen Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile in keinem Verhältnis steht. Die Folge ist, dass die Maßnahmen von den Landwirten nicht gut angenommen werden, obwohl die grundsätzliche Bereitschaft dazu vorhanden ist. Zudem werden die eigentlich verfolgten Ziele des Umwelt-, Klima- und Tierschutzes nicht ausreichend erreicht. Die Junge Union fordert deshalb die Einführung von Bagatellgrenzen, um das Sanktionsrisiko für teilnehmende Landwirte zu senken. Weiterhin muss sich die Förderhöhe der einzelnen Maßnahmen an dem Einkommensverlust orientieren, der dem tatsächlichen Marktpreis der alternativ angebauten Kultur entspricht. Zur Sicherstellung einer stärkeren Ergebnisorientierung der Agrarumweltmaßnahmen ist zudem die wissenschaftlich fundierte Festlegung regionaler Umweltziele erforderlich, die mit den Mitteln aus der zweiten Säule erreicht werden

sollen. Dies könnte beispielsweise in einer Region der Schutz bestimmter Vogelarten, in einer anderen Region der Schutz von Grünlandbiotopen oder Gewässern sein.

8. Stellung der Erzeuger in der Wertschöpfungskette stärken!

Die jüngsten Preiskrisen auf den Agrarmärkten haben gezeigt, dass die Landwirte aufgrund der Konzentration und der Strukturen des deutschen und europäischen Marktes und insbesondere des Lebensmitteleinzelhandels das schwächste Glied in der Wertschöpfungskette sind. Die gerade überstandene Milchkrise hat viele Betriebe zur Aufgabe der Milchviehhaltung gezwungen und deutliche Defizite in den Molkereistrukturen ans Tageslicht gebracht. Die Junge Union sieht es deshalb als notwendig an, dass die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf europäischer Ebene eine Initiative zur Stärkung der Erzeuger in der Wertschöpfungskette anstößt. Dazu gehören die Überprüfung marktbeherrschender Strukturen und die Unterbindung unrechtmäßiger Handelspraktiken. National muss die Entwicklung von neuen Vertragsmodellen gemeinsam mit der Molkereiwirtschaft vorangebracht werden. Weiterhin müssen für die Landwirte im Rahmen der GAP Risikomanagementsysteme entwickelt und gefördert werden. Darüber hinaus sind Versicherungslösungen gegen Preisstürze zu prüfen. Zur Abfederung akuter Krisen ist eine europäische Finanzreserve zur Auflage kurzfristiger Liquiditätssicherungsprogramme vorzuhalten. Die Bundesländer werden dazu aufgefordert, EU-Mittel für die Schaffung von Förderprogrammen für die Direktvermarktung (z.B. Hofläden) zu nutzen. Einerseits kann durch Hofläden dem Versorgungsengpass im Ländlichen Raum entgegengewirkt, andererseits ein weiteres, ökonomisches bäuerliches Standbein geschaffen werden.

9. Marktorientierung nicht aufgeben!

Die jüngsten Marktkrisen haben zwar Defizite in den Strukturen der Agrarmärkte aufgezeigt, dürfen aber dennoch nicht zu einer Abkehr von der Marktorientierung der europäischen Agrarpolitik führen. Aus Sicht der Jungen Union sind dafür insbesondere eine nachhaltige Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse, die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Welthandelsorganisation und die Exportförderung hochwertiger europäischer Agrarprodukte weiter zu stärken. Dabei gilt die Prämisse, dass die Exportorientierung nicht zum Nachteil von Entwicklungs- und Schwellenländern erfolgen darf. Es darf weiterhin keine Neuauflage der bereits abgeschafften Exportsubventionen geben. Ziel muss es sein, dass die europäische Agrarwirtschaft im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig wird. Dieses Ziel ist nur durch eine strikte Orientierung auf die Produktqualität zu erreichen.

10. Agrarforschung voranbringen!

Die Landwirtschaft steht nicht nur marktwirtschaftlich, sondern auch produktionstechnisch vor großen Herausforderungen. Die Veränderungen der klimatischen Verhältnisse erfordern neue Strategien im Pflanzenbau, die Entwicklung klimaangepasster Pflanzensorten und Weiterentwicklungen im biologischen und chemischen Pflanzenschutz. Die Weiterentwicklung der Tierhaltung, die Sicherung der Tiergesundheit, die weitere Minimierung des Antibiotikaeinsatzes und die Steigerung des Tierwohls in den Ställen erfordern neue Antworten. Der Ressourcenschutz, insbesondere der Grund- und Oberflächengewässer vor Schadstoffeinträgen und der Erhalt der Biodiversität sind weitere Beispiele für die künftigen Aufgaben unter anderem der Landwirtschaft. Die Junge Union fordert vor diesem Hintergrund eine weitere Stärkung der Agrarforschung, um für all diese Herausforderungen praxiserichte, wissenschaftlich fundierte Lösungen zu entwickeln. Insbesondere ist dabei ein Fokus auf innovative Techniken in der Pflanzen- und Tierproduktion sowie der Pflanzenzüchtung zu legen.